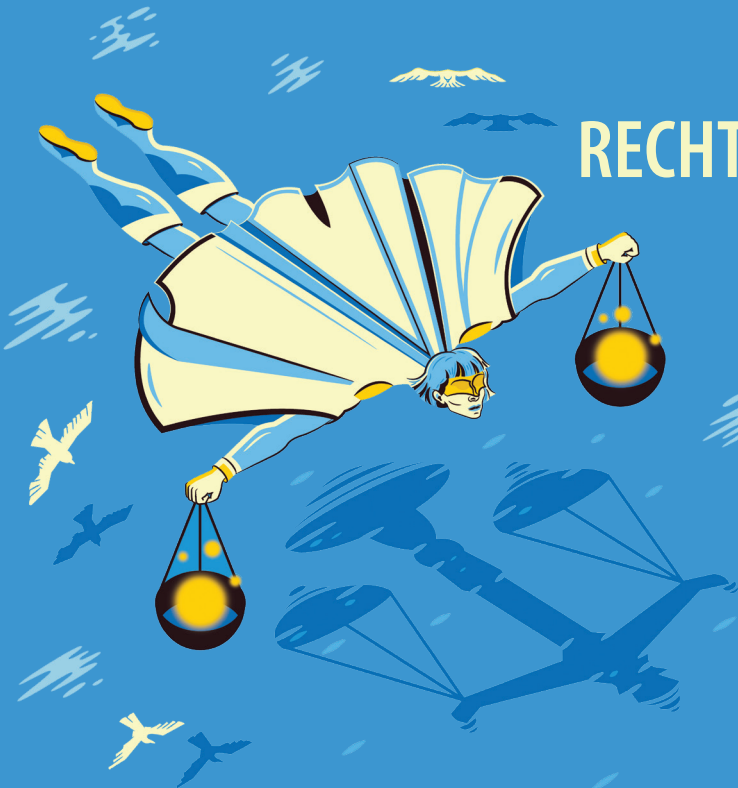


# RECHTSSTAATLICHKEIT: LEITFADEN



1990 - 2025



COUNCIL OF EUROPE



CONSEIL DE L'EUROPE

# RECHTSSTAATLICHKEIT, DEMOKRATIE, MENSCHENRECHTE

## Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte, die drei Pfeiler des Europarats, sind eng miteinander verbunden und untrennbar.

- ▶ Demokratie stellt sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger an der öffentlichen Entscheidungsfindung beteiligt sind;
- ▶ Die Menschenrechte schützen Menschen vor dem willkürlichen und übermäßigen Eingriff in ihre Freiheiten und schützt ihre Menschenwürde;
- ▶ Ein Staat, der auf Rechtsstaatlichkeit beruht, stellt sicher, dass die Ausübung der öffentlichen Gewalt reguliert und überwacht wird.

Die Rechtsstaatlichkeit fördert die Demokratie, weil sie die Rechenschaftspflicht für jene etabliert, die öffentliche Gewalt ausüben. Sie schützt die Menschenrechte durch ein unabhängiges und unparteiisches Justizsystem und Minderheiten vor einer willkürlichen Mehrheitsherrschaft.

### **Warum ist das wichtig?**

Ein Staat ohne klare Regeln ist anfällig für Instabilität und Willkür.

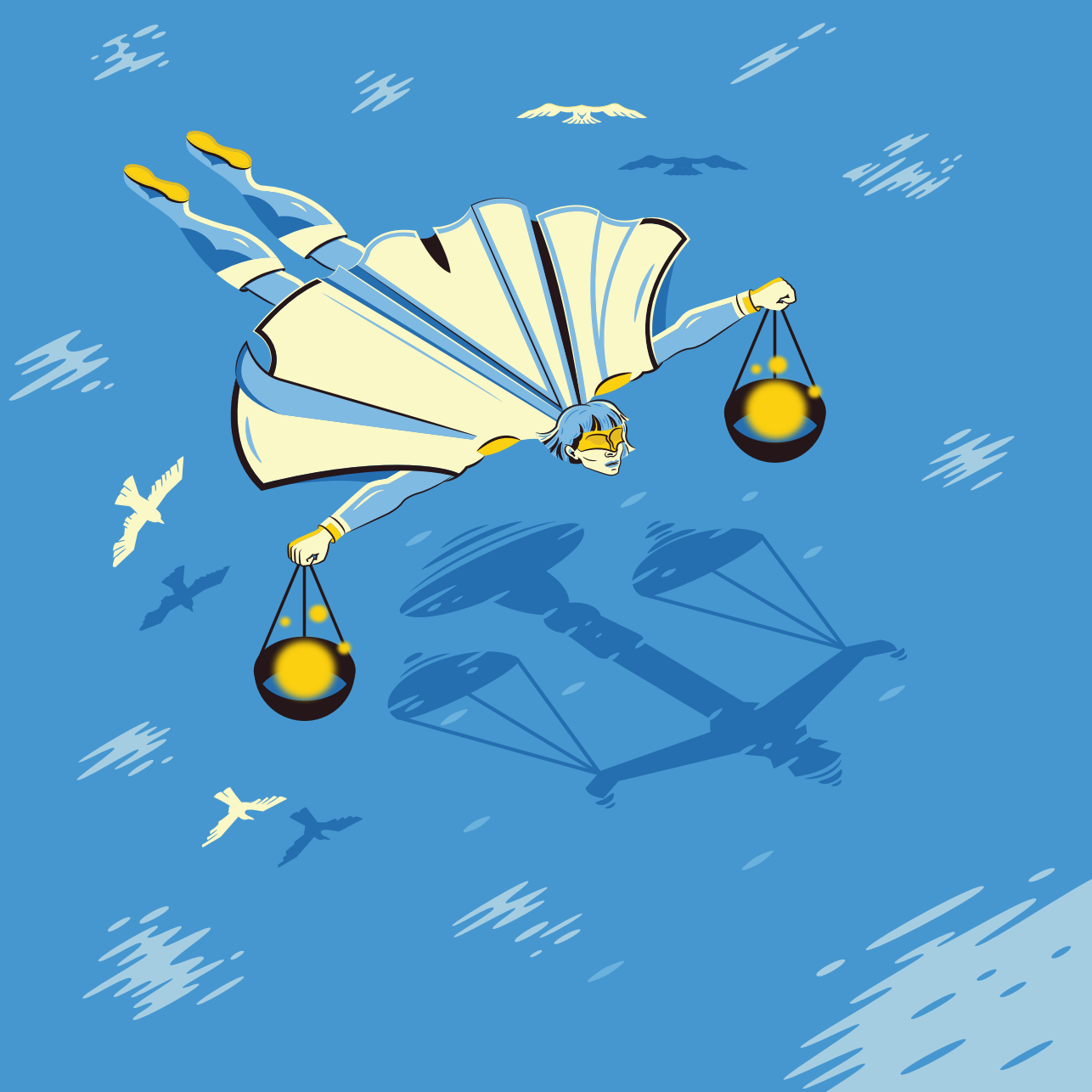
Die Rechtsstaatlichkeit schützt die Grundfreiheiten jeder einzelnen Person. Sie ist das Fundament moderner Demokratien.

## Die Rechtsstaatlichkeit beruht auf fünf Grundprinzipien:

- ▶ **Rechtmäßigkeit** - Gesetze gelten für alle und setzen der Staatsgewalt Grenzen.
- ▶ **Rechtssicherheit** - Die Gesetze sind klar verständlich, zugänglich und vorhersehbar.
- ▶ **Verhinderung des Machtmissbrauchs** - Es werden Kontrollen durchgeführt, um Willkür zu vermeiden.
- ▶ **Gleichheit vor dem Gesetz und Nichtdiskriminierung** - Gesetze schützen jede Person und werden gleich angewendet, und Diskriminierung ist verboten.
- ▶ **Zugang zu einer unabhängigen und unparteiischen Justiz** - Jede Person kann ihre Rechte vor Gericht verteidigen.

„Justitia“, Darstellungen der maltesischen Künstlerin Nadine Theuma





# RECHTMÄßIGKEIT

## Gesetze sind auf jede Person anwendbar und setzen der Staatsgewalt Grenzen.

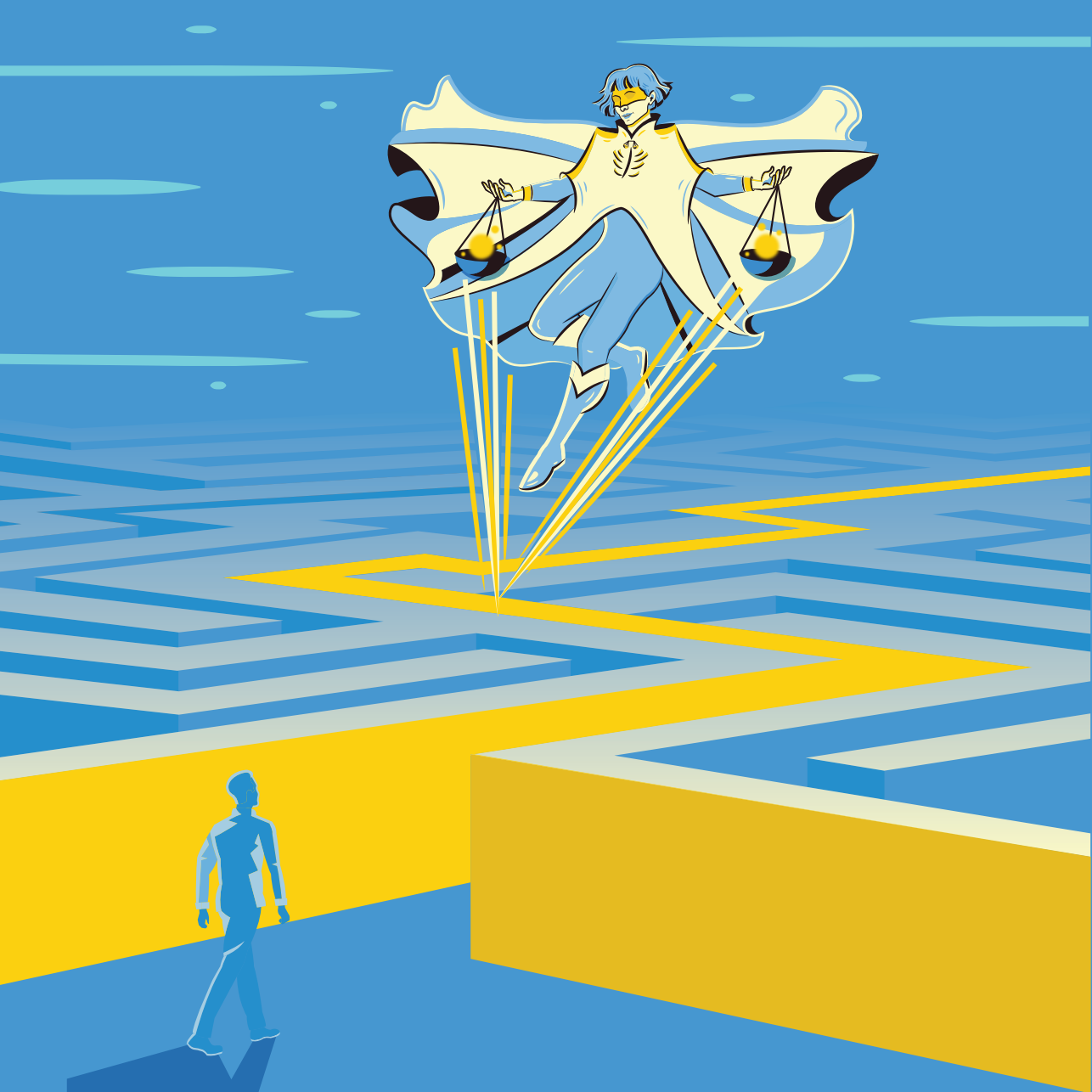
In einem Staat, der auf Rechtsstaatlichkeit beruht, sind die Handlungen der Behörden sowie der Bürgerinnen und Bürger durch demokratisch verabschiedete Gesetze geregelt. Die Exekutive kann ihre Macht und die Durchsetzung ihres Willens nicht ohne Einschränkungen oder Aufsicht ausüben.

### Grundprinzipien

- ▶ Alle Entscheidungen müssen im Rahmen der Gesetze getroffen werden.
- ▶ Gesetze müssen in einem klaren und transparenten demokratischen Verfahren verabschiedet werden.
- ▶ Die Entscheidungen der öffentlichen Behörden müssen durch eine unabhängige Justiz geprüft werden. Die Regierung kann sich nicht selbst neue Befugnisse gewähren, ohne die in der Verfassung verankerten Regeln zu befolgen.
- ▶ Internationale Übereinkommen und Verträge sowie Entscheidungen internationaler Gerichtshöfe müssen angewendet und befolgt werden.
- ▶ Gesetze müssen effektiv umgesetzt werden.

#### Warum ist das wichtig?

Wenn Staatsgewalt nicht im Rahmen der geltenden Gesetze ausgeübt werden müsste, wäre sie anfällig für Missbrauch. So könnte eine Regierung z. B. nach Belieben Freiheiten beschränken. Klarheit und Respekt für demokratisch verabschiedete Gesetze sind eine Garantie für Gerechtigkeit und Gleichheit für alle.



# RECHTSSICHERHEIT

## Gesetze sind klar verständlich, zugänglich und vorhersehbar.

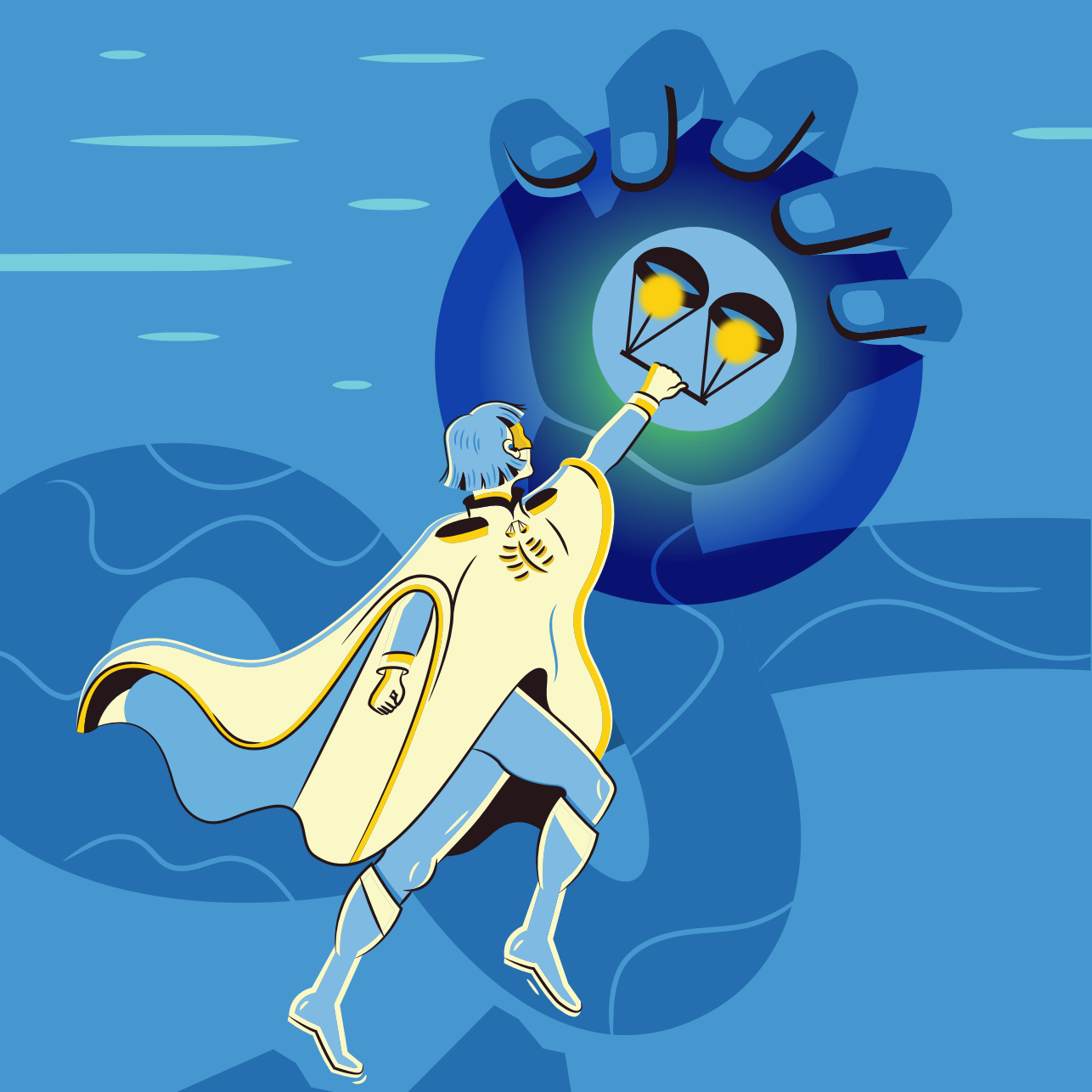
Die Rechtssicherheit stellt sicher, dass Gesetze klar verständlich, zugänglich und vorhersehbar sind und nicht rückwirkend angewendet werden. Auf diese Weise kennt jede Person ihre Rechte und Pflichten im Voraus.

### Grundprinzipien

- ▶ Gesetze und Gerichtsentscheidungen müssen leicht zugänglich und verständlich sein.
- ▶ Gesetze dürfen sich nicht unvorhersehbar ändern und müssen beständig sein.
- ▶ Eine Person kann nicht für eine Handlung verurteilt werden, die zu dem Zeitpunkt, als sie ausgeführt wurde, keine Straftat darstellte.

#### Warum ist das wichtig?

Damit Personen vertrauensvoll handeln können, müssen sie ihre Rechte und Pflichten kennen. Ungenaue oder schnelllebige Gesetze schaffen Unsicherheit und Instabilität, und machen Personen anfällig für unvorhersehbaren Sanktionen.





# VERHINDERUNG DES MACHTMISSBRAUCHS

**Es werden Kontrollen durchgeführt, um Willkür zu verhindern.**

Staatsgewalt, die weder beschränkt noch kontrolliert wird, führt zur Ungerechtigkeit. Die Gefahren einer absoluten Staatsgewalt umfassen willkürliche Entscheidungen, Korruption und politische Unterdrückung. So kann z. B. eine übermäßige Überwachung ohne richterliche Anordnung oder Aufsicht zu Menschenrechtsverletzungen führen.

## Grundprinzipien

- ▶ **Gewaltentrennung:** die Staatsgewalt darf sich nicht in der Hand einer einzelnen Autorität befinden.
- ▶ **Begründungspflicht:** öffentliche Entscheidungen müssen begründet und erläutert werden.
- ▶ **Gerichtliche Überprüfung:** alle öffentlichen Entscheidungen müssen vor unabhängigen und unparteiischen Gerichten anfechtbar sein.

### Warum ist das wichtig?

Ohne Aufsicht könnte eine Regierung willkürliche Entscheidungen treffen, ihre Gegner zensurieren oder sogar Grundfreiheiten abschaffen. Die Rechtsstaatlichkeit schafft Garantien, die solchen Missbrauch verhindern.



# GLEICHHEIT VOR DEM GESETZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG

**Gesetze schützen jede Person und werden gleich angewendet, und Diskriminierung ist verboten.**

Die Rechtsstaatlichkeit verlangt, dass alle Menschen die gleichen, gesetzlich festgelegten Rechte und Pflichten haben und dass es keine ungerechtfertigten Unterschiede in ihrer Behandlung gibt.

## **Gleichheit vor dem Gesetz heißt**

- ▶ Es darf keine unbegründete Unterscheidung zwischen Personen vorgenommen werden, weder im Recht noch in dessen Anwendung.
- ▶ Schutz muss gegen alle Formen von Diskriminierung bestehen.
- ▶ Allen Personen müssen die selben Rechte und Pflichten garantiert werden.
- ▶ Jede Person, die diskriminiert wird, muss sich verteidigen können.

### **Wichtige Fortschritte – Das Beispiel des Wahlrechts für Frauen**

Die verzögerte Gewährung des Wahlrechts für Frauen in Europa ist ein Beispiel für eine historische Diskriminierung. Finnland war das erste europäische Land, das 1906 Frauen das Wahlrecht gewährte. Erst nach 1918 wurde dieses Wahlrecht auch in den Gesetzen der meisten anderen europäischen Staaten verankert, und allgegenwärtig wurde es in Europa erst 1984. Heute sichert die Rechtsstaatlichkeit den Frauen nicht nur das Wahlrecht, sondern gewährleistet und fördert auch ihre aktive Teilhabe an einem politischen Leben ohne Diskriminierung.



# ZUGANG ZU EINER UNABHÄNGIGEN UND UNPARTEIISCHEN JUSTIZ

## Jede Person kann ihre Rechte vor Gericht verteidigen.

Der Zugang zu einem unabhängigen und unparteiischen Gericht ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern die Verteidigung ihrer Rechte. So hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte beispielsweise entschieden, dass die Rechte der Beschwerdeführer verletzt sind, wenn die Kündigung des Arbeitsverhältnisses, der Entzug des Eigentums oder die Beendigung des Umgangsrechts mit den eigenen Kindern vor Gericht nicht angefochten werden kann. Eine schnelle und zugängliche Justiz ist für die Gewährleistung gleicher Rechte unerlässlich.

### Grundprinzipien

- ▶ Jeder hat das Recht, sich an ein Gericht zu wenden, und hat Anspruch auf ein faires Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht.
- ▶ Urteile sind zugänglich und verständlich erklärt.
- ▶ Bedürftigen werden Rechtsberatung und Rechtshilfe zur Verfügung gestellt.
- ▶ Verfahren sind angemessen schnell und kostengünstig.
- ▶ Die Gerichtsurteile werden vollstreckt.

#### Warum ist das wichtig?

Ohne Zugang zur Justiz könnten Bürgerinnen und Bürger, denen Unrecht widerfahren ist, ihre Rechte nicht durchsetzen. Der Staat muss unabhängige Gerichte und ein Justizsystem garantieren, die allen offenstehen.



PAX EVAN  
TIBI GELI  
MAR STA  
GELI MEVS

# RECHTSSTAATLICHKEIT IN DER PRAXIS

## Die Rolle der Venedig-Kommission des Europarats

Die Venedig-Kommission hat ihre Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung von Verfassungssystemen unterstützt, die die notwendige Umsetzung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit vorsehen. Die Kommission hat des Weiteren ein Instrument erstellt, die *Rule of Law Checklist*, um den Grad der Umsetzung der Rechtsstaatlichkeitsgrundsätze in einem Staat zu bewerten.

### Die *Rule of Law Checklist* der Venedig-Kommission

Die 2016 erstellte *Rule of Law Checklist* präsentiert die Kernprinzipien der Rechtsstaatlichkeit, d.h. Rechtmäßigkeit, Rechtssicherheit, Verhinderung von Machtmissbrauch, Zugang zur Justiz, Gleichheit und Nichtdiskriminierung, in Form von Maßstäben mit detaillierten Parametern und relevanten Quellen dar.

Anhand der *Checklist* können Regierung, Parlament, Zivilgesellschaft, Bürgerinnen und Bürger sowie internationale Organisationen beurteilen, inwieweit die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in einem bestimmten Staat eingehalten werden. Somit ermöglicht es die *Checklist*, Schwächen oder Lücken zu identifizieren, die staatliche Maßnahmen erfordern. Die Venedig-Kommission hat zahlreiche Empfehlungen ausgesprochen, wie man diese Schwächen und Lücken beheben kann.

## **Wer sind wir?**

Die Venedig-Kommission „für Demokratie durch Recht“ ist das Beratungsorgan des Europarats im Bereich Verfassungsrecht, welches aus unabhängigen Sachverständigen besteht.

Sie wurde am 10. Mai 1990 auf Grundlage einer Idee des italienischen Gelehrten Antonio La Pergola gegründet. Nach dem Fall der Berliner Mauer half sie zahlreichen ehemaligen sozialistischen Staaten, demokratische Verfassungen und Gesetze zu verabschieden und infolgedessen dem Europarat beizutreten.

Heute unterstützt sie ihre Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Verfassungs- und Gesetzesreformen in Übereinstimmung mit internationalen Standards. Die Einhaltung der Empfehlungen der Kommission hat Beitrittsprozesse zur Europäischen Union vereinfacht.

## **Auftrag**

Auf Anfrage und im Rahmen eines inklusiven Konsultationsprozesses mit den nationalen Behörden, staatlichen Institutionen, Interessengruppen und der Zivilgesellschaft bewertet die Venedig-Kommission Verfassungs- und Gesetzesreformen, insbesondere im Wahl- und Justizbereich. Sie gibt unverbindliche Empfehlungen zur Verbesserung dieser Reformen, um die Grundsätze der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit zu achten und umzusetzen, und um effiziente und tragfähige Regierungssysteme zu gestalten.

## **Mitgliedstaaten**

Die Venedig-Kommission besteht aus den 46 Mitgliedstaaten des Europarats und weiteren 15 Staaten aus Nord- und Südamerika, Afrika und Asien.



## Warum Venedig?

Die „Europäische Kommission für Demokratie durch Recht“ hat ihren Namen „Venedig-Kommission“ von der berühmten italienischen Stadt an der Laguna übernommen, in der sie das erste Mal tagte und wo sie weiterhin viermal im Jahr zusammentritt.

### 1990-2025 - Erfolge

In den 35 Jahren ihres Bestehens hat die Venedig-Kommission dank ihrer Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, ihrer Professionalität und ihrer inklusiven Arbeitsmethoden einen erheblichen Einfluss darauf genommen, die Verabschiedung demokratischer Verfassungen und demokratische Abläufe in Institutionen herbeizuführen. Insbesondere hat die Kommission dazu beigetragen, die Einhaltung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit zu verbessern und die Gewaltenteilung sowie die Unabhängigkeit der Justiz in ihren Mitgliedstaaten zu stärken.

- ▶ **1000+**: Anzahl der Stellungnahmen und Berichte zu Verfassungs- und Gesetzesreformen
- ▶ **50+**: Anzahl der Verfassungen, die unter Mitwirkung der Kommission entworfen oder überarbeitet wurden
- ▶ **200+**: Anzahl der unabhängigen Rechtssachverständigen, die zur Arbeit der Kommission beigetragen haben

#### Warum ist das für uns alle wichtig?

##### Rechtsstaatlichkeit meint:

Eine stabile und friedliche Demokratie.

Bürgerinnen und Bürger, die frei sind und vor Diskriminierung geschützt werden.

Eine fairere, gleichere Gesellschaft.

Abbildungen: Nadine Theuma

Alle Rechte vorbehalten.

Kein Teil dieser Veröffentlichung darf ohne  
vorherige schriftliche Genehmigung der Direktion  
für Kommunikation übersetzt, reproduziert oder  
weitergegeben werden.

(F-67075 Straßburg Cedex oder  
publishing@coe.int).

Fotos © Europarat

Veröffentlicht durch den Europarat  
F-67075 Straßburg Cedex

**www.coe.int**

© Europarat, Dez 2025

**Webseite der Venedig-Kommission**

<https://venice.coe.int>



Diese Broschüre befasst sich mit den wesentlichen Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit: Rechtmäßigkeit, Rechtssicherheit, Verhinderung von Machtmissbrauch, Gleichheit vor dem Gesetz und Zugang zur Justiz. Diese Grundsätze bilden den Grundstein der Demokratie und der Menschenrechte, gewährleisten eine rechenschaftspflichtige Regierungsführung, individuelle Freiheiten und gesellschaftliche Gerechtigkeit. Erfahren Sie, wie der Europarat durch die Arbeit der Venedig-Kommission Staaten dabei unterstützt, diese Standards einzuhalten und Bürgerinnen und Bürger vor willkürlicher Macht zu schützen. Ob Sie nun Politiker/in, Student/in oder engagierte/r Bürger/in sind – dieser Leitfaden erklärt Ihnen, warum Rechtsstaatlichkeit wichtig ist und wie sie unsere Freiheiten tagtäglich schützt.

DEU

[www.coe.int](http://www.coe.int)

Der Europarat ist Europas führende Organisation für Menschenrechte. Er hat 46 Mitgliedsstaaten, darunter die Mitglieder der Europäischen Union. Alle Mitgliedsstaaten des Europarates haben die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet, ein Vertrag zum Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte überwacht die Umsetzung der Konvention in den Mitgliedsstaaten.

